

---

**Vorsitz: Aserbaidshon****1002. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 23. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)  
  
Beginn: 10.00 Uhr  
Unterbrechung: 13.00 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr  
Schluss: 15.45 Uhr
  
2. Vorsitz: Botschafter R. Sadigbayli  
F. Osmanov
  
3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:  
  
Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: „BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS IN ALLEN SEINEN ARTEN UND ERSCHEINUNGSFORMEN“
  - *Vortrag von T. Musayev, Stellvertretender Ständiger Vertreter der Republik Aserbaidshon bei den Vereinten Nationen*
  
  - *Vortrag von M. Koç, Stellvertretender Generaldirektor für Sicherheit und Aufklärung, Außenministerium der Türkei*
  
  - *Vortrag von Y. Rafiyev, Direktor der Abteilung Internationale Sicherheit, Außenministerium der Republik Aserbaidshon*

Vorsitz, T. Musayev, M. Koç, Y. Rafiyev, Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/103/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und der Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/108/22),

Schweiz (FSC.DEL/111/22 OSCE+), Türkei, Russische Föderation (Anhang 1), Armenien (Anhang 2)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/106/22), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 3), Vereinigtes Königreich (Anhang 4), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (Anhang 5), Kanada (Anhang 6), Litauen (Anhang 7), Russische Föderation (Anhang 8), Georgien, Frankreich (auch im Namen Deutschlands) (Anhang 9)
- (b) *Recht auf Erwidern in Bezug auf die Erklärung der Russischen Föderation auf der 1001. Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation zu Punkt 1 der Tagesordnung, Sicherheitsdialog: „Europäische Sicherheitsarchitektur – die Rolle nichtpaktgebundener Staaten“:* Schweden (Anhang 10), Finnland (Anhang 11)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Aktueller Stand betreffend einen E-Learning-Kurs des FSK zu konventioneller Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und andere FSK-Themen:* Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums
- (b) *Wiederaufnahme der Verifikationsaktivitäten in Aserbaidschan:* Aserbaidschan
- (c) *Aktueller Stand betreffend die Reaktionen einiger Teilnehmerstaaten auf die aktuelle Lage an der ukrainischen Grenze:* Vereinigtes Königreich, Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Deutschland
- (d) *Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 24. Februar 2022 über Videokonferenz (FSC.GAL/23/22 Restr.):* Vorsitz des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland)
- (e) *Überprüfung der Aktivierung durch die baltischen Staaten des „Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ nach Absatz 16.3 Abschnitt 1 Kapitel III des Wiener Dokuments 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Zusammenhang mit einem Treffen aller Teilnehmerstaaten:* Litauen, Lettland
- (f) *Ersuchen um Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten der nationalen Behörden von Aserbaidschan für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und Bewältigungsmaßnahmen:* Armenien (Anhang 12), Aserbaidschan (Anhang 13), Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 16. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir sind dankbar für die Abhaltung des heutigen Treffens zu einem für den OSZE-Raum so wichtigen Thema wie der Terrorismusbekämpfung. Wir danken den namhaften Hauptreferenten für ihren fundierten Beitrag zur Diskussion.

Trotz internationaler und nationaler Bemühungen sehen wir uns nach wie vor schwerwiegenden Herausforderungen durch die terroristische „Internationale“ gegenüber. Es ist unsere Überzeugung, dass sich unsere Organisation bei ihren Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung strikt an die von den Vereinten Nationen und ihrem Sicherheitsrat entwickelten Leitlinien für die internationale Zusammenarbeit halten sollte. Mit Befriedigung nehmen wir zur Kenntnis, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 30. Juni 2021 im Konsensverfahren eine Resolution zur siebten Überprüfung der Globalen Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet hat.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die OSZE in den letzten Jahren ihre Arbeit zum Ausbau ihrer Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung verlangsamt und damit gezeigt hat, dass sie nicht darauf vorbereitet ist, wirksam auf neue grenzüberschreitende Sicherheitsherausforderungen zu reagieren, und sich zunehmend von sekundären Aspekten der Terrorismusbekämpfung ablenken lässt, die liberalen politischen Vorstellungen entspringen. Infolgedessen war es seit 2016 nicht möglich, ein einziges maßgebliches Dokument des Ministerrats zum Thema Terrorismusbekämpfung zu verabschieden. Dieser Umstand bestätigt lediglich, dass das Thema leider noch immer politisch instrumentalisiert wird. Dabei sollte man sich jedoch vor Augen halten, dass die Zerrissenheit der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung und das Anlegen von zweierlei Maß den Terroristen in die Hände spielt.

Jahr um Jahr werden alle russischen Initiativen und Appelle, zu einem offenen und unpolitischen Dialog in diesem Bereich überzugehen, von einer Reihe von Ländern beharrlich abgewürgt. Nehmen wir zum Beispiel den Entwurf einer Erklärung zur Verhütung und Bekämpfung der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke, den Russland gemeinsam mit einer Gruppe gleichgesinnter Länder zur Verabschiedung durch den Ministerrat in Stockholm vorgeschlagen hatte und der die Bemühungen der OSZE zur Eindämmung dieser

Bedrohung im Zuständigkeitsbereich der Organisation verstärken sollte. Es ist unschwer zu erkennen, dass das *World Wide Web* zu einem der wirksamsten Instrumente der terroristischen „Internationale“ geworden ist, um finanzielle Unterstützung zu erhalten, Propaganda zu betreiben, zu rekrutieren und die Aktionen ihrer Zellen aus der Entfernung zu koordinieren. Dieser Bereich verdient daher besondere Aufmerksamkeit. Obwohl die meisten Teilnehmerstaaten ihr eindeutiges Interesse an einer Erörterung des Themas bekundet haben, haben einzelne westliche Partner die weitere Arbeit an dem Text praktisch blockiert, ohne sich in irgendeiner Weise zu dessen Inhalt zu äußern. Wir gehen jedoch davon aus, dass dieses Thema, das zweifellos ein Element einer verbindenden Agenda ist, im Laufe des Jahres während des polnischen OSZE-Vorsitzes zur Erörterung kommen wird.

Wir beabsichtigen unsererseits, weiterhin zu den gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus beizutragen, und sind bereit, mit allen interessierten Parteien in der OSZE konstruktiv zusammenzuarbeiten, verfügt diese doch über ein solides Paket politischer Verpflichtungen und die Fähigkeit, die Teilnehmerstaaten bei der Bekämpfung dieser unbestreitbaren Plage zu unterstützen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Zusammensetzung des heutigen Podiums ist sehr symbolträchtig und spricht für sich selbst.

Seit dem Ende des Angriffskriegs, den Aserbaidschan im Jahr 2020 losgetreten hat, erleben wir, wie die Behörden des Landes verzweifelt versuchen, die Anwerbung, den Transfer und den Einsatz ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer in ihrem Krieg gegen Arzach und seine Bevölkerung zu leugnen oder zu rechtfertigen, nicht zuletzt indem sie Aserbaidschans als ein Land darstellen, das die weltweiten Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung unterstützt und dazu beiträgt. Der heutige Sicherheitsdialog ist ein solcher Versuch, der niemanden außer die heutigen Rednerinnen und Redner überzeugen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Aserbaidschan ist ein Land mit reicher Erfahrung und einer beachtlichen Erfolgsbilanz bei der Anwerbung und dem Einsatz von Söldnerinnen und Söldnern und ausländischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfern. Wir erinnern uns, dass Aserbaidschan in den 1990er-Jahren während des ersten Karabach-Krieges Tausende von Terroristinnen und Terroristen, auch aus Afghanistan und Tschetschenien, gegen Arzach eingesetzt hat. Darüber hinaus hat Aserbaidschan den religiösen Faktor, das Konzept der „muslimischen Solidarität“ und die Ideologie des Dschihad in großem Umfang benutzt, um Unterstützung für seinen aggressiven Krieg gegen die Bevölkerung von Arzach zu gewinnen.

Die Verlegung und der Einsatz ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer durch Aserbaidschan sowohl vor als auch während des Karabach-Krieges 2020 waren Gegenstand ausführlicher Berichterstattung durch unabhängige Journalistinnen und Journalisten, internationale Medien wie Reuters, The Guardian, BBC, Fox News, The Washington Post und viele andere; sie wurden umfassend dokumentiert und von Regierungen und Strafverfolgungsbehörden mehrerer Länder anerkannt und bestätigt. Verschiedenen Schätzungen zufolge wurden bis zu viertausend ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer in Nordsyrien und Libyen rekrutiert und in die Konfliktzone Bergkarabach

gebracht. Sie sollten monatlich 1 500 bis 2 500 US-Dollar erhalten und zusätzlich 100 US-Dollar für jeden abgetrennten Kopf eines Armeniers oder einer Armenierin. Die Untersuchung der Lebensdaten einiger der nach Aserbaidschan transferierten terroristischen Kämpferinnen und Kämpfer ergab, dass viele von ihnen während der Kampfhandlungen in Syrien, im Irak und in Libyen eingesetzt worden waren und dort Kampferfahrung gesammelt hatten. Ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer wurden in die Struktur der aserbaidischen Streitkräfte, insbesondere der Grenztruppen, eingegliedert und nicht nur mit entsprechenden Uniformen, sondern auch mit Waffen und Munition ausgerüstet, was ein eindeutiges Beispiel für die illegale Weitergabe und Umleitung von Kleinwaffen und leichten Waffen in die Hände von Terroristinnen und Terroristen ist.

Damit diese Operationen erfolgreich durchgeführt werden konnten, brauchte es finanzielle und logistische Unterstützung durch verschiedene Personen und Organisationen, die in den Schmuggel großer Bargeldmengen und Geldwäsche verwickelt sind, sowie durch den Missbrauch von gemeinnützigen Organisationen sozialer, kultureller oder wohltätiger Art.

Besonders erwähnt sei, dass zwei syrisch-arabische Kämpfer, die während der Kampfhandlungen in Arzach gefangen genommen wurden, in ihren Verhören genaue Angaben zu ihrer Anwerbung und ihrer Beteiligung an den Kämpfen auf Seiten Aserbaidschans machten. Die festgenommenen ausländischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfer lieferten insbesondere die folgenden Informationen:

- Entlohnung: 1 500 bis 2 500 US-Dollar pro Monat
- Einsatzdauer: sechs Monate mit der Möglichkeit einer einmaligen Verlängerung, Ablöse nach sechs Monaten
- Altersanforderungen: 18 bis 40 Jahre
- Die meisten der Kämpferinnen und Kämpfer waren Mitglieder der terroristischen Vereinigungen „Sultan Murad“, „Sultan Suleyman Shah“ und „Al-Hamza“
- In einigen Fällen wurden auch Personen aus Flüchtlingslagern in Syrien angeworben. Angesichts der schlechten Lebensbedingungen in Nordsyrien war das Hauptmotiv für ihre Verpflichtung die relativ hohe Entlohnung. Diese Angaben wurden auch von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für den Einsatz von Söldnerinnen und Söldnern bestätigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dem Versuch, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den eigenen Verbrechen abzulenken, hat Aserbaidschan eine Kampagne gegen die armenischen Diaspora-Organisationen, darunter auch karitative Stiftungen, und gegen im Ausland lebende armenische Staatsangehörige in Gang gesetzt und sie als Söldnerinnen und Söldner dargestellt.

In der Zwischenzeit hat Aserbaidschan keine anderen Fakten zur Untermauerung seiner Behauptungen vorgelegt als die so genannten „glaubwürdigen“ Berichte der von der Regierung kontrollierten Medien.

Viele der armenischen Diaspora-Organisationen, die Aserbaidschan ins Visier nimmt, sind seit vielen Jahrzehnten im karitativen Bereich und in der humanitären Hilfe tätig. Zunächst leisteten sie humanitäre Hilfe für die Überlebenden des armenischen Völkermords, dann für die Menschen in Armenien und Arzach, um die Folgen des verheerenden Erdbebens von 1988 in Armenien, des Krieges und der anhaltenden Aggression durch Aserbaidschan zu überwinden. Sie können oft auch auf eine recht beeindruckende Erfolgsbilanz verweisen, was ihren Beitrag zur Entwicklung und zum Wohlstand der vielen Gastländer und der jeweiligen Gesellschaft, in der sie leben, betrifft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Einsatz ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer im OSZE-Raum hätte Maßnahmen der einschlägigen OSZE-Mechanismen und -Teilnehmerstaaten auslösen müssen, zumindest in Form einer scharfen und unmissverständlichen Verurteilung. Leider ist dies nicht der Fall gewesen. Und auf der letzten Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation hat der stellvertretende Außenminister von Aserbaidschan die Gründe für das Ausbleiben einer angemessenen Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Aggression, die Kriegsverbrechen und die Menschenrechtsverletzungen seines Landes in Arzach sehr deutlich dargelegt. Diesbezüglich stellen wir mit Bedauern fest, dass die Positionen der OSZE und einiger ihrer Teilnehmerstaaten allzu oft von politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und nicht von den Grundsätzen der Organisation bestimmt werden. Abschließend möchte die armenische Delegation der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass das Versäumnis der OSZE, im Zusammenhang mit dem Bergkarabach-Konflikt angemessen auf den Einsatz ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer zu reagieren, nicht dazu führt, dass ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer in anderen Konflikten eingesetzt werden und die terroristische Bedrohung im OSZE-Raum zunimmt.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.



---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Die internationale Gemeinschaft hat Russlands Anerkennung der sogenannten Republiken Donezk und Luhansk und seine Entsendung so genannter Friedenstruppen in das souveräne Hoheitsgebiet der Ukraine einhellig verurteilt. Weit davon entfernt, den „Frieden“ zu wahren, stellt dieser Schritt Präsident Putins eindeutig einen Versuch Russlands dar, einen Vorwand für eine weitere Invasion in der Ukraine zu schaffen. Mit einem einzigen Streich hat Putin die Minsker Vereinbarungen zunichte gemacht. Diese Entscheidung ist ein weiterer offener Anschlag auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Putins Diktat ist de facto eine unverhüllte Ablehnung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Prinzipien von Helsinki, die uns teuer sind.

Wie Außenminister Blinken gestern feststellte, hat Präsident Putin in den letzten 24 Stunden eigentlich 30 Jahre der Diplomatie zwischen Russland, Europa und dem Nordatlantik zunichte gemacht.

Die durch nichts provozierte militärische Aufrüstung Russlands in der Ukraine und an ihren Grenzen hat diese Krise, die allein auf das Konto Russlands geht, an einen gefährlichen Punkt eskalieren lassen. Russland hat nun die personellen und materiellen Voraussetzungen für eine groß angelegte Invasion geschaffen. Mit seinem eindeutigen Verstoß gegen seine internationalen Verpflichtungen zur Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine trachtet Russland danach, die europäische Sicherheitsordnung mit Waffengewalt aus den Angeln zu heben. In seinen Äußerungen spricht Putin der Ukraine die Eigenstaatlichkeit ab, die er als Fiktion abtut, und strebt die Wiederherstellung eines russischen Reichs an. Ist es das, was sich Russland unter der „unteilbaren Sicherheit“ in Europa vorstellt?

Halten Sie uns keine Vorträge über „Unenteilbarkeit“, wenn Sie versuchen, diese Gemeinschaft zu spalten, mit militärischer Gewalt die Grenzen eines souveränen Nachbarn zu verletzen, sein Hoheitsgebiet aufzuteilen und eine Einflussosphäre zu schaffen, in der Moskau über die politischen Entscheidungen aller entscheidet. Halten Sie uns keine Vorträge über „Sicherheit“, wenn Sie den internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohen.

Mit weit über hundert taktischen Bataillonsgruppen, die entlang der ukrainischen Grenzen im Osten, im Norden innerhalb von Belarus sowie im Süden zusammengezogen wurden, ist Russland im Begriff, die größte Militäroffensive in Europa seit Jahrzehnten zu starten. Dass Russland in dieser Zeit höchster Spannungen eine Übung seiner atomaren Kräfte durchführt, ist ein weiteres Beispiel für Putins skrupelloses und destabilisierendes Vorgehen. In der Ostukraine sehen wir unterdessen vor Ort, wie Russland sein Szenario Schritt für Schritt umsetzt, indem es in einer gnadenlosen Offensive des Dementierens und der Irreführung eine erlogene Behauptung nach der anderen aufstellt. Und dann erleben wir eine regelrechte Eskalation mit einer alarmierenden Zunahme der Verstöße gegen die Waffenruhe, die auf das Konto der Kräfte gehen, die unter russischer Führung stehen oder an der Seite Russlands kämpfen. Und dann die Entsendung russischer Streitkräfte, getarnt als „Friedenstruppe“.

Es gibt keinen Zweifel daran, wer die Verantwortung für diese militärische Eskalation trägt; wer die Konsultation und Zusammenarbeit in Bezug auf diese höchst ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten verweigert hat; wer die nach Absatz 16 des Wiener Dokuments nach dem Mechanismus zur Verminderung der Risiken einberufene gemeinsame Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates am Freitag boykottiert hat; wer so weit ging, das legitime Ersuchen der Ukraine um Verminderung der Risiken als „Provokation“ oder Eskalation abzutun. Letzte Woche haben wir gehört, wie unser russischer Kollege in diesem Forum feststellte, Russland werde sich niemals „an einer Verminderung der Risiken beteiligen“. Die Wahrheit ist unübersehbar: Russland hat sich offen über seine Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument hinweggesetzt, da es an einer Verminderung der Risiken weder interessiert ist noch eine solche im Sinn hat. Russland ist bestrebt, einen Konflikt anzuzetteln und nutzt sogar seine Mitteilungen nach dem Wiener Dokument für seine Propagandakampagne, um einen *casus belli* zu konstruieren.

Belarus hat ebenfalls versucht, die Aktivierung des Mechanismus nach Absatz 16 zur Verminderung der Risiken durch die baltischen Staaten als nicht gerechtfertigt abzutun, und keinerlei inhaltliche Antworten auf die Besorgnisse gegeben, die durch die ungewöhnliche Mobilisierung russischer Streitkräfte auf seinem Hoheitsgebiet, einschließlich der Aufstockung der russischen Streitkräfte an der belarussischen Südgrenze zur Ukraine, entstanden sind. Wenn Belarus sich nicht an einem russischen Angriff mitschuldig machen will, sollte es die Empfehlungen der gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates beherzigen und transparent und nachvollziehbar Rechenschaft über diese höchst ungewöhnlichen Aktivitäten geben. Nur so kann Belarus sicherstellen, dass sein Hoheitsgebiet nicht als Aufmarschgebiet für eine weitere russische Invasion in der Ukraine genutzt wird.

Leider hat Belarus angekündigt, dass es die unbefristete Verlängerung der russischen Truppenstationierungen zulässt, obwohl es zuvor mitgeteilt hatte, dass diese sein Hoheitsgebiet nach Abschluss der Übung „Entschlossenheit der Union“ verlassen würden, was am 20. Februar der Fall sein sollen hätte. Jetzt verweist Belarus auf die NATO-Einsätze in der osteuropäischen Region als „Faktor“ für eine fortgesetzte Stationierung russischer Streitkräfte. Das ist eine leicht zu durchschauende Finte: Russland eskaliert mit Unterstützung von Belarus die militärischen Spannungen in Europa in einem noch nie dagewesenen Ausmaß – was die NATO dazu veranlasst, Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen, um eine Aggression abzuwehren –, woraufhin sich Belarus und Russland auf Verteidigungsmaßnahmen berufen, um die Spannungen weiter zu eskalieren. Dieses Lied haben wir immer wieder gehört – auch

in Bezug auf die Bereitstellung von Verteidigungsunterstützung für die Ukraine: Russland provoziert eine Krise und behauptet dann, andere würden seine eigenen aggressiven Aktionen anfachen.

Wir fordern sowohl Russland als auch Belarus dringend auf, einen Schritt zurück zu machen. Noch ist es nicht zu spät, den Weg der Diplomatie zu beschreiten, anstatt Krieg zu führen. Noch ist es nicht zu spät, die humanitäre Katastrophe und die schwerwiegenden Folgen, die ein Krieg nach sich ziehen würde, abzuwenden.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Diese Erklärung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Herr Vorsitzender, die Entscheidung von Präsident Putin, die selbsternannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ als unabhängige Staaten anzuerkennen, hat die Minsker Vereinbarungen zunichte gemacht. Das Vereinigte Königreich verurteilt diesen Schritt aufs Schärfste. Es ist auch empörend, dass Russland sich nicht mehr an seine Verpflichtungen aus dem Lissabonner Rahmen für Rüstungskontrolle hält, in dem die in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris verankerten Grundprinzipien bekräftigt wurden.

Dass Russland behauptet, es gebe eine Bedrohung der Donbass-Region durch die Ukraine, ist eine Lüge und dient eindeutig als Vorwand für sein eigenes aggressives Vorgehen. Wie der Leitende Beobachter Çevik auf der Sondersitzung des Ständigen Rates am Montag eindeutig klarstellte, hat die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) keine Anzeichen für ungewöhnliche militärische Aktivitäten auf der von der Regierung kontrollierten Seite der Kontaktlinie festgestellt.

Darüber hinaus befindet sich die überwiegende Mehrzahl der Waffen, die von der SMM außerhalb der Rückzugslinien und der ausgewiesenen Lagerungsstätten beobachtet wurden, weiterhin in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten. Zwischen dem 14. und 20. Februar befanden sich 87 der 121 von der SMM jenseits der Rückzugslinien beobachteten Waffen in Gebieten, die von den von Russland unterstützten bewaffneten Formationen gehalten wurden, und 305 der 321 Waffen, die außerhalb der ausgewiesenen Lagerungsstätten beobachtet wurden, gehörten zu den von Russland unterstützten bewaffneten Formationen. Damit setzt sich ein Trend fort, den die Mission bereits festgestellt hat: Zwischen dem 9. September und dem 12. Januar befanden sich 83 Prozent der von der Mission jenseits der Rückzugslinien beobachteten Waffen in Gebieten, die von den von Russland unterstützten bewaffneten Formationen gehalten werden. Darüber hinaus hatte sich die Zahl der Waffen, die von der Mission an Übungsplätzen der bewaffneten Formationen beobachtet wurde, im November und Dezember gegenüber September und Oktober verdoppelt.

Wenn es die Ukraine war, die angeblich Spannungen aufbaute und eine Offensive vorbereitete, warum wurden dann die meisten schweren Waffen und Gefechtsschießen von der Mission in den letzten Monaten in Gebieten beobachtet, die von den von Russland unterstützten bewaffneten Formationen gehalten werden? Und warum in aller Welt sollte die Ukraine gerade jetzt, da Russland den größten Truppenaufmarsch auf dem europäischen Kontinent seit dem Ende des Kalten Krieges durchgeführt hat, eine Offensive starten?

Aus Berichten geht hervor, dass Russland fast 200 000 Mann in über hundert taktischen Bataillonsgruppen zusammengezogen hat; einigen Schätzungen zufolge entspricht dies etwa 60 % der gesamten kampffähigen Landstreitkräfte Russlands. Darüber hinaus wurden Unmengen schwerer Waffen (einschließlich taktischer ballistischer Raketen) und Kampfunterstützungstruppenteile disloziert. Russland hat außerdem außerordentliche Mengen an Luftstreitkräften in die Region entsandt und eine noch nie dagewesene amphibische Fähigkeit im Schwarzen Meer aufgebaut.

Diese Lage ist mehr als nur „ungewöhnlich“. Sie ist bedrohlich und gefährlich für die Ukraine und eine Herausforderung für die weltweite Sicherheit und die internationale Ordnung. Angesichts dessen können wir der Ukraine für ihre bemerkenswerte Zurückhaltung nur Lob zollen. In der vergangenen Woche haben wir lobenswerte Versuche gesehen, das Risiko einer Fehleinschätzung zu verringern und die Spannungen zu deeskalieren, wofür der Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument zweimal aktiviert wurde. Wir sind sehr enttäuscht, dass keine der beiden Initiativen die gewünschten Ergebnisse gebracht hat. Darüber hinaus bedauert das Vereinigte Königreich, dass Russland versucht hat, das OSZE-Netzwerk als weiteren Kanal zur Verbreitung seiner Desinformationen zu nutzen.

An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass wir trotz der Behauptungen von Belarus in der vergangenen Woche, es lasse völlige Transparenz walten, mit Enttäuschung erfahren haben, dass die für die Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ dislozierten russischen Truppen und Ausrüstungen weiterhin an der Nordgrenze der Ukraine verbleiben; einige Berichte deuten sogar auf eine vorgeschobene Dislozierung hin. Der stellvertretende Befehlshaber der belarussischen Luftstreitkräfte hat sogar erklärt, dass eine zweite Phase der Übung „Entschlossenheit der Union“ kurz davor stehe „anzulaufen“, dass an der ukrainischen Grenze „zusätzliche Verbände“ gebildet werden sollen und dass der Grenzschutz im Rahmen der Übung verstärkt werden soll.

Herr Vorsitzender, Russland hat ein feindseliges und labiles Sicherheitsumfeld geschaffen, das eine Bedrohung und Gefahr für die Ukraine und die Sicherheit im gesamten OSZE-Raum darstellt und eine Herausforderung für die weltweite Sicherheit und die internationale Ordnung ist.

Gemeinsam mit vielen anderen hat das Vereinigte Königreich wiederholt davor gewarnt, dass jeder militärische Einfall Russlands in die Ukraine ein massiver strategischer Fehler wäre, der einen hohen Preis fordert. Wir haben gestern in enger Abstimmung mit der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika harte neue Sanktionen angekündigt. Dies wird nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen werden, wenn Russland sich nicht zurückzieht.

Herr Vorsitzender, es ist klar, dass wir nur auf dem Weg der Diplomatie vorankommen; damit ein Dialog gelingen kann, muss Russland jetzt eine Deeskalation einleiten. Die OSZE bleibt die geeignete und vor allem eine niemanden ausschließende und gleichberechtigte Plattform für Diskussionen über europäische Sicherheit. Wir müssen für den Grundsatz eintreten, dass es keine Diskussionen über Sicherheit geben sollte, ohne dass die betroffenen Länder anwesend sind. In dieser Hinsicht unterstützen wir voll und ganz den vom Vorsitz ausgehenden erneuerten europäischen Sicherheitsdialog der OSZE.

Das Vereinigte Königreich unterstützt nachdrücklich die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir erkennen weder die rechtswidrige Annexion der Krim noch die Anerkennung der selbsternannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ durch Russland an und werden dies auch weiterhin nicht tun. Das Vereinigte Königreich hat sich stets an die Seite der Ukraine gestellt und gegen jede Art von russischer Aggression gegen die Ukraine Position bezogen, was wir auch weiterhin tun werden – nicht zuletzt durch Sanktionen, gemeinsam mit unseren internationalen Partnern. Die Ukraine ist unser Freund und Partner, und wir werden ihr auch weiterhin helfen, sich zu verteidigen.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertretung der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender,

über die Ursachen für die gegenwärtige Krise gibt es keinen Zweifel. Sie ist das Ergebnis Russlands kontinuierlicher, eklatanter Verletzung des Völkerrechts und Missachtung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. In der Schlussakte von Helsinki heißt es unmissverständlich: „Die Teilnehmerstaaten werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in ihren internationalen Beziehungen im Allgemeinen der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder auf irgendeine andere Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist, enthalten.“

In den letzten Monaten haben wir eine unprovokierte und ungerechtfertigte massive militärische Aufrüstung Russlands in der Nähe der ukrainischen Grenze, auch in Belarus und auf der und um die unrechtmäßig annektierte Halbinsel Krim, sowie eine verstärkte russische Militärpräsenz im Schwarzen und Asowschen Meer erlebt. Anstatt sich an ihre Verpflichtungen zu halten und einen ehrlichen Dialog zu führen, auch im Rahmen der im Wiener Dokument festgelegten Transparenzmechanismen für ungewöhnliche militärische Aktivitäten, entschied sich die Russische Föderation erneut für einen Boykott der betreffenden Zusammenkünfte, was eine Missachtung der Organisation und aller Teilnehmerstaaten darstellt.

In dieser Woche, in der der Konflikt in sein neuntes Jahr geht, kam es zu einer weiteren, beispiellosen Eskalation. Die Entscheidung der Russischen Föderation, bestimmte Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk als unabhängig anzuerkennen und russische Truppen dorthin zu entsenden, ist rechtswidrig und nicht hinnehmbar. Sie verstößt gegen das Völkerrecht, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine, widerspricht Russlands eigenen völkerrechtlichen Verpflichtungen und führt zu einer weiteren Eskalation der Krise. Sie verletzt und untergräbt auch die Minsker Vereinbarungen, die Grundlage für dauerhaften Frieden und Stabilität. Als Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen hat Russland die unmissverständliche und unmittelbare Verantwortung, sich um eine friedliche

Beilegung des von ihm ausgelösten Konflikts im Einklang mit diesen Grundsätzen zu bemühen.

Wir fordern Russland als Konfliktpartei nachdrücklich auf, die Anerkennung rückgängig zu machen, seine Zusagen einzuhalten, das Völkerrecht zu achten und zu den Beratungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe zurückzukehren. Wir fordern die anderen Staaten auf, der rechtswidrigen Entscheidung Russlands, diese selbsternannte Unabhängigkeit anzuerkennen, nicht zu folgen.

Herr Vorsitzender, wir sollten alle besorgt sein, wenn eine Atommacht einen anderen Staat als historischen Fehler bezeichnet, der korrigiert werden müsse. Das ist nicht der richtige Zeitpunkt, sich abwartend herauszuhalten.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind einig und entschlossen, in enger Abstimmung mit internationalen Partnern mit einer robusten und prompten Antwort auf die rechtswidrigen Handlungen der Russischen Föderation zu reagieren. Ein erstes Paket von Sanktionen wird unverzüglich verabschiedet werden.

Wir warnen Russland davor, die gerade geschlossenen Pakte mit den selbsternannten „Republiken“ als Vorwand für ein weiteres militärisches Vorgehen gegen die Ukraine heranzuziehen. Die Europäische Union ist bereit, rasch weitere umfassende politische und wirtschaftliche Sanktionen zu beschließen.

In den letzten Wochen waren wir Zeugen intensiver diplomatischer Bemühungen, auch auf höchster politischer Ebene, um die noch nie dagewesenen Spannungen in der Region zu lösen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten unterstützen nachdrücklich den Weg des Dialogs und der Diplomatie – als den einzigen Ausweg aus dieser Krise. Es liegt an Russland, diese Chance zu ergreifen; die Tür zum Dialog bleibt offen. Wir erinnern daran, dass unsere Organisation aufgrund ihres integrativen und umfassenden Sicherheitsansatzes gut gerüstet ist, um die Sicherheitsbesorgnisse aller Teilnehmerstaaten zu erörtern. Wir begrüßen die diesbezüglichen Bemühungen des polnischen OSZE-Vorsitzes und rufen alle Teilnehmerstaaten auf, sich konstruktiv an dieser Initiative zur Wiederherstellung von Frieden und Vertrauen zu beteiligen.

Herr Vorsitzender, die zunehmend verheerende Sicherheitslage und humanitäre Situation in der Ostukraine sind alarmierend. Wir haben in den letzten Tagen eine dramatische Zunahme der Verletzungen der Waffenruhe an der Kontaktlinie beobachtet. Wir verurteilen den Einsatz von schweren Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Ziele. Wir zollen der Ukraine Anerkennung für ihre Zurückhaltung angesichts der anhaltenden Provokationen und Destabilisierungsversuche.

Es ist äußerst besorgniserregend, dass Zwischenfälle inszeniert wurden, um als Vorwand für eine Eskalation zu dienen. Wir beobachten, wie zur Unterstützung dieser Ziele die Manipulationsbemühungen intensiviert werden, und bedauern diese Hetzpolemiken. Es gibt keinen Grund für Behauptungen über einen möglichen ukrainischen Angriff oder für ukrainische Angriffe auf russischsprachige Bevölkerungsgruppen.

Wir sprechen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) erneut unsere tief empfundene Dankbarkeit für ihre Professionalität, ihre



Unparteilichkeit und ihr Engagement aus, mit dem sie in einem äußerst schwierigen Sicherheitsumfeld inmitten der verschärften internationalen Spannungen und der zunehmenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der SMM in den von Russland kontrollierten Gebieten tätig sind. Ihre Sicherheit hat für uns weiterhin höchste Priorität.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität, territoriale Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und fordern Russland auf, es uns gleichzutun. Wir verurteilen aufs Schärfste die eindeutigen Verletzungen der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine durch Russland seit Februar 2014, einschließlich der rechtswidrigen Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation, die wir nicht anerkennen werden, sowie die Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als unabhängige Einheiten. Wir stehen an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung und werden sie weiterhin unterstützen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>Error! Bookmark not defined.</sup> und Albanien<sup>Error! Bookmark not defined.</sup> und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Der groß angelegte Aufmarsch russischer Kampftruppen hat sich in der vergangenen Woche entlang von Teilen der russisch-ukrainischen Staatsgrenze und auf der rechtswidrig besetzten Krim beschleunigt. Teile dieser Streitkräfte haben begonnen, in Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk vorzudringen, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung stehen. Die aktuellen Zahlen sind erschreckend: Berichten zufolge haben sich fast 200 000 russische Soldaten in Kampferfernung zur ukrainischen Grenze formiert. Russland hat nicht nur einen großen Teil seiner konventionellen Streitkräfte entlang der Grenze zur Ukraine stationiert, sondern auch über 70 Kriegsschiffe im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer, darunter auch Schiffe für amphibische Landungen, was eindeutig dazu dient, das Drohpotenzial zu verstärken.

Bemerkenswerterweise geht Russland hier in der OSZE weiterhin mit der Behauptung hausieren, es habe nicht die Absicht, militärisch gegen die Ukraine vorzugehen, doch seine Handlungen – die Anerkennung der so genannten Volkrepubliken Luhansk und Donezk und die Entsendung von Truppen in die Ukraine – sagen etwas anderes. Was sich in dieser Krise, die gänzlich von der Russischen Föderation inszeniert ist, herausstellt, ist die Erkenntnis, dass Russland genau das tut, was wir vorausgesagt haben.

Einmal mehr müssen wir darauf hinweisen, dass Russland, das sich selbst regelmäßig als überzeugter Befürworter des Wiener Dokuments darstellt, sich in der vergangenen Woche bei jedem möglichen Schritt geweigert hat, den Wunsch nach einem konstruktiven Dialog erkennen zu lassen, und sich stattdessen weiterhin zunehmend kriegerischer und bedrohlicher Phrasen bedient, um Verwirrung zu säen und aktiv zu versuchen, Spannungen zu schüren und durch Verhandlungen mit vorgehaltener Waffe Zugeständnisse zu erreichen. Diese Phrasen sind inzwischen fester Bestandteil der Desinformationskampagne Russlands geworden, mit der die Ukraine in diesem tragischen Konflikt als Aggressorstaat dargestellt werden soll. Diese offensichtlichen und manchmal bizarren Versuche, einen Vorwand für einen Konflikt zu konstruieren, führen niemanden hinters Licht.

Die Fakten bleiben unverändert: Die Ukraine hat nichts getan, um die Spannungen zu schüren, sondern angesichts dieser Drohungen große Zurückhaltung an den Tag gelegt. Die Ukraine ist nicht der Aggressor. Ganz im Gegenteil. Es gab keine Bedrohung für die Menschen im Donbass, Russland hat sie frei erfunden. Russland hat eine erfundene Bedrohung, eine erfundene Flüchtlingskrise und die Notwendigkeit einer „Intervention“ vorgetäuscht. Unterdessen baute Russland eine sehr reale, unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der Ukraine und die allgemeine Stabilität der europäischen Sicherheit auf.

Inmitten dieses Chaos dient uns die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) weiterhin als unsere Augen und Ohren in der Region. Die Bewegungsfreiheit der SMM wird jedoch unvermindert eingeschränkt und ihre technische Ausrüstung wird Tag um Tag gestört. Die allermeisten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit finden in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten statt, insbesondere an Grenzübergängen, und hindern die Mission an der Umsetzung ihres Mandats. Jetzt ist es an der Zeit, den Behinderungen unserer Beobachterinnen und Beobachter ein Ende zu machen. Ihre Arbeit ist von entscheidender Bedeutung.

Herr Vorsitzender,

wir zollen der Ukraine Anerkennung für ihr ruhiges und diplomatisch ausgerichtetes Vorgehen in dieser Krise.

Wir erneuern unsere Aufforderung an Russland, diese provozierenden Handlungen einzustellen und sich unverzüglich um eine Deeskalation der Spannungen zu bemühen. Wir hoffen aufrichtig, dass sich Russland für den Weg des Dialogs und der Diplomatie entscheidet und diese gefährliche Lage deeskaliert. Es ist noch nicht zu spät, die richtige Entscheidung zu treffen.

Beenden Sie diesen Wahnsinn und ziehen Sie sich sofort zurück. Noch ist Zeit für die Diplomatie, doch dieses Zeitfenster ist nicht mehr lange offen. Noch kann sich Russland für den Weg des Dialogs und der Diplomatie entscheiden, bevor es zu spät ist und es zu noch größeren Fehlern kommt.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Danke.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

Litauen schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir jedoch, in nationaler Eigenschaft einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Litauen verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung der Russischen Föderation, zwei Gebiete in den ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk, die von durch Russland bewaffneten, unterstützten und geführten Formationen gehalten werden, als unabhängig anzuerkennen.

Diese Entscheidung ist eine grobe Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen, im Völkerrecht, in der Schlussakte von Helsinki und in der Charta von Paris verankerten Prinzipien.

Nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 unterminiert Russland weiterhin die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine, aber auch seine eigenen Verpflichtungen aus dem Budapester Memorandum.

Mit der Anerkennung von zwei Gebieten in den ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk und der Entsendung seiner Truppen in das souveräne Hoheitsgebiet der Ukraine – nun auch ganz offen, denn einige russische Truppen, so genannte *Ichtamnety*, waren ja bereits dort – hat Russland auch die von ihm unterzeichneten Minsker Vereinbarungen ausgehebelt, in denen der Prozess zur Wiederherstellung der Kontrolle der ukrainischen Regierung über diese ukrainischen Gebiete vorgesehen war.

Ebenso wie Russlands Missachtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau bedeuten seine Aggression gegen die Ukraine, die nun in ihr neuntes Jahr geht, und die an diesem Montag getroffenen Entscheidungen nicht nur eine Bedrohung für die europäische Sicherheitsarchitektur, sondern auch für den Frieden und die Sicherheit weltweit.

Unter Hinweis auf die Resolution 68/262 der Generalversammlung der VN mit dem Titel „Territoriale Unversehrtheit der Ukraine“ fordern wir die Russische Föderation erneut nachdrücklich auf, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu achten.

Russland muss seine Aggression gegen die Ukraine unverzüglich einstellen, seine Truppen aus den besetzten Gebieten der Ukraine – sowohl aus den betreffenden Teilen des Donbass als auch von der Halbinsel Krim – sowie aus den Gebieten entlang der Grenze zur Ukraine und aus Belarus abziehen und seine Provokationen und diesbezüglichen Desinformationsaktivitäten einstellen.

Russland muss auch auf den Weg der Diplomatie zurückkehren und echten politischen Willen zur friedlichen Beilegung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine unter vollständiger Beachtung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zeigen.

Litauen möchte auch darauf hinweisen, dass die jüngste Eskalation zeigt, dass die Abschreckung entlang der gesamten Ostflanke der NATO als Reaktion auf das aggressive Vorgehen Russlands in der Region verstärkt werden muss. Ich möchte unseren NATO-Verbündeten für ihre jüngsten Entscheidungen in dieser Hinsicht danken.

Die internationale Gemeinschaft muss auf die Aggression Russlands gegen die Ukraine, einschließlich der schändlichen Entscheidungen der letzten Tage, mit aller Härte reagieren, auch durch koordinierte restriktive Maßnahmen, die auf bestimmte Wirtschaftssektoren der Russischen Föderation sowie auf natürliche und juristische Personen in verantwortlichen Positionen abzielen.

Russland trägt die alleinige Verantwortung für die Verschlechterung der Sicherheitslage vor Ort, für die gegenwärtige Eskalation, für ihre verheerenden Folgen und für die möglichen Konsequenzen, von denen wir aufrichtig hoffen, dass sie noch vermieden werden können.

Litauen unterstützt nachdrücklich die freie Entscheidung des ukrainischen Volkes, sein Land auf der Grundlage der demokratischen Werte aufzubauen, sowie die europäischen und euroatlantischen Bestrebungen der Ukraine.

Litauen wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um die Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Ukraine zu unterstützen, und gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern werden wir der Ukraine in dieser Hinsicht jeden erforderlichen Beistand leisten.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wie man aus den Erklärungen einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten schließen kann, sehen sie sich auf der richtigen Seite der Geschichte. Der russische Historiker Wassili Kljutschewski hat einmal gesagt: „Die Geschichte ist kein Lehrer, sondern ein Aufseher: Sie lehrt niemanden, sie bestraft nur diejenigen, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.“ Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Aber noch haben sie genug Zeit, um die ukrainische Regierung zu zwingen, ihr blutiges und selbstmörderisches Abenteuer im Donbass aufzugeben.

In den letzten Wochen hat sich in der und um die Ukraine viel ereignet, und deshalb möchte ich heute eine ausführliche Erklärung abgeben. Meine Kolleginnen und Kollegen werden sich in Geduld fassen müssen.

Die anhaltende Krise in der Ukraine ist das Ergebnis des Staatsstreichs vom Februar 2014, der vom Ausland aus orchestriert, finanziert und organisiert wurde. Dieser Staatsstreich in Kiew hat dazu geführt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine entscheidende Rolle in der Regierungsführung der Ukraine übernommen haben – etwas, das es in der Welt noch nie gegeben hat. US-amerikanische und andere westliche Berater haben die Behörden des Landes – von den zentralen bis zu den kommunalen Behörden, ganz zu schweigen von staatlichen Unternehmen und Konzernen – vollständig vereinnahmt.

Der gewaltsame Wechsel an der Staatsspitze erfolgte ohne Wahlen, was einen Verstoß gegen die ukrainische Verfassung darstellt, und führte zu einer faktischen Spaltung des Landes in Regionen, die die neue Regierung in Kiew anerkannten, und solche, die sich dem Putsch widersetzen. Dies geschah nicht zuletzt deshalb, weil die Machtübernahme durch die Putschisten von massiver Gewalt, dem Aufleben neonazistischer Bewegungen und der Verfolgung aufgrund nationaler und sprachlicher Kriterien begleitet wurde. Dadurch nahm die Konfrontation zwischen dem neuen Regime in Kiew und der Bevölkerung bestimmter Gebiete von Donezk und Luhansk die Form eines langwierigen bewaffneten Konflikts an.

Frankreich, Deutschland und Polen traten als Vermittler zwischen Regierung und Opposition auf und wurden zu Garanten für die zwischen diesen getroffenen Vereinbarungen, taten aber nichts, um deren Umsetzung zu gewährleisten, als diese von der Opposition demonstrativ abgelehnt wurden. Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben nicht einmal anerkannt, dass die Vereinbarungen von Angehörigen der Opposition verletzt wurden. Seit acht Jahren wiederholt sich dasselbe Spiel: Die Regierungen Frankreichs, Deutschlands und der Vereinigten Staaten stehen dem kategorischen Unwillen der ukrainischen Regierung, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, machtlos gegenüber.

Es erstaunt uns nach wie vor, dass die Ereignisse in der Ukraine in 8 000 Kilometer Entfernung in Nordamerika von der US-Regierung als „eine ungewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten“ bezeichnet wurden. In den Jahren 2012-2013 stellte die US-Führung den ukrainischen Behörden praktisch ein Ultimatum, den „westlichen Weg“ einzuschlagen. In der Folge unterstützte die US-Botschaft in Kiew den „Maidan“ finanziell mit rund 1 Million Dollar pro Tag.

Die Botschaft der russischen Delegation ist unmissverständlich: Das Völkerrecht verbietet die Organisation, Befürwortung, Finanzierung, Anstiftung oder Duldung von Aktivitäten, die auf die Zerstörung der verfassungsmäßigen Ordnung eines anderen Staates abzielen. Die Beihilfe der Vereinigten Staaten beim Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und eine grobe Missachtung von Artikel 2 Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen, in dem der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten niedergelegt ist.

Herr Vorsitzender,

in den letzten Wochen haben wir eine groß angelegte Orgie des Hasses, des Informationsterrorismus und der hysterischen Propaganda erlebt, die die gesamte europäische Gemeinschaft erfasst hat. Die Idee, dass es Pläne für eine „russische Invasion“ in der Ukraine gibt, wurde im US-Außenministerium ausgebrütet, und dort ist sie auch am 16. Februar gestorben. Wir sehen, dass die US-Geheimdienste die Fakten durcheinandergebracht haben. Einmal war von 100 000 Mann an der russisch-ukrainischen Grenze die Rede, dann wieder von 150 000, und wenige Minuten später von 190 000. Wir wollen unsere geschätzten Kolleginnen und Kollegen nicht daran hindern, sich einen Reim auf diese Zahlen zu machen. Wenn die europäischen Teilnehmerstaaten wirklich an diesen Informationen interessiert sind, schlagen wir vor, dass sie die Vereinigten Staaten um Satellitenbilder bitten; vielleicht sind diese bereit, sie gegen ein zusätzliches Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Zu den Übungen auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Zyklus der militärischen Ausbildungsaktivitäten in unserem Land jeweils über ein ganzes Jahr geht und ausnahmslos alle Regionen umfasst. Wir führen diese an den Orten und zu den Zeiten durch, die wir für die Sicherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit auf unserem eigenen Staatsgebiet für notwendig erachten, wie ich betonen möchte, und auch in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten und gleichgesinnten Ländern. Das ist unser souveränes Recht.

Die heutigen Äußerungen unserer geschätzten Kolleginnen und Kollegen werfen jedoch die folgenden Fragen auf.

Wenn die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten für sich in Anspruch nehmen, Verfechter der politisch-militärischen Verpflichtungen der OSZE zu sein, warum verschließen sie dann die Augen vor der Nichtumsetzung des Wiener Dokuments 2011 durch die ukrainische Regierung? Rund 120 000 ukrainische Militärangehörige wurden an den Grenzen der Volksrepubliken Luhansk und Donezk zusammengezogen. Die Ukraine konzentriert schweres Gerät entlang der Kontaktlinie, darunter Tausende von gepanzerten Kampffahrzeugen, Hunderte von Panzern, Mehrfachraketenwerfern und operativ-taktischen Raketen vom Typ Totschka-U. Wo sind die über das OSZE-Kommunikationsnetz übermittelten ukrainischen Notifikationen? Wo sind die Bilder, die von den hoch gelobten US-Satelliten aufgenommen wurden? Wir fordern die ukrainische Delegation auf, zu antworten – dieselbe Delegation, die die ganze letzte Woche damit beschäftigt war, die Bestimmungen des Wiener Dokuments 2011 zu manipulieren.

Wenn die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten behaupten, dass sie den Frieden in der Ukraine wollen, warum werden dann weiterhin Waffen und Munition in dieses vom Konflikt zerrissene Land geliefert? In der Geschichte ist kein einziger Fall bekannt, in dem Frieden durch massive Waffenlieferungen erreicht wurde. Dennoch sind bereits ausländische NLAW- (*Next Generation Light Anti-Tank Weapon*, Panzerabwehrlenkwaffen), Javelin- und Stinger-Systeme in den vorgeschobenen Stellungen der ukrainischen Streitkräfte im Donbass aufgetaucht. Insgesamt gibt es in der Ukraine bereits mehr Panzerabwehrlenkwaffen und tragbare Flugabwehrsysteme als in einigen NATO-Ländern. Westliche Geheimdienste sind mit der Anwerbung von Kämpferinnen und Kämpfern beschäftigt, die aus Südosteuropa in die Ukraine entsandt werden sollen. Die fortschreitende Vereinnahmung ukrainischen Hoheitsgebiets durch die NATO-Länder kann nur zu einem Ergebnis führen, nämlich zur Schaffung eines gegen Russland gerichteten „Sprungbretts“ für die NATO. Es wäre jedoch die beste Option für die ukrainische Regierung, dem Bündnis nicht beizutreten und sich für die Neutralität zu entscheiden.

Wenn die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen fordern, warum haben sie dann in der OSZE nie einen derartigen Appell an die Ukraine gerichtet? Wir haben vom Westen noch keine Antwort auf die Behauptungen der ukrainischen Führung gehört, die Minsker Vereinbarungen seien „obsolet“ und „nicht durchführbar“, weshalb die ukrainische Regierung nicht die Absicht habe, sie umzusetzen. Russland war nie Vertragspartei der Minsker Vereinbarungen, forderte aber als einer der Vermittler für eine friedliche Beilegung die Ukraine sieben Jahre lang auf, ihre Verpflichtungen aus dem Maßnahmenpaket zu erfüllen, das durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der VN gebilligt wurde. Jetzt gibt es in dieser Hinsicht nichts mehr zu fordern. Die Minsker Vereinbarungen wurden aufgrund der Untätigkeit der ukrainischen Regierung zu Grabe getragen.

Wenn die Delegation der Ukraine von der Notwendigkeit einer friedlichen Beilegung des Konflikts spricht, warum führt die Regierung der Ukraine dann seit acht Jahren einen Krieg gegen ihr eigenes Volk? Warum steht der Donbass seit acht Jahren unter einer Wirtschafts-, Sozial- und Verkehrsblockade – einer Blockade, die einem Völkermord an der eigenen Bevölkerung gleichkommt? Warum äußern die Europäische Union, die Vereinigten Staaten, Kanada und das Vereinigte Königreich im Forum für Sicherheitskooperation nie ihre Besorgnis über die Zukunftsaussichten der einfachen Menschen in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk? Wo bleibt ihr übliches Mantra über die „Zivilbevölkerung“,



die Menschenrechte, „ältere Menschen und Kinder“ und „Frauen und Mädchen“? Offensichtlich bedürfen diese Menschen aus Sicht der „zivilisierten Demokratien“ und ihrer Gefolgschaft keines Schutzes.

Herr Vorsitzender,

in der vergangenen Woche war die Lage im Donbass unverändert brisant. Die ukrainischen Streitkräfte eröffneten nicht wahllos, sondern gezielt das Feuer. Es wurden Panzer eingesetzt. Es gab Verluste unter der Zivilbevölkerung. Es wurden Zwischenfälle registriert, bei denen Granaten auf dem Gebiet der Russischen Föderation, vor allem in der Region Rostow, einschlugen. Unter diesen Umständen ordnete die Führung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk die allgemeine Mobilmachung an. Unser Land hat sich bereit erklärt, Flüchtlinge, d. h. ältere Menschen, Frauen und Kinder aufzunehmen. Ich möchte betonen, dass wir bereits über 94 000 Menschen Zuflucht gewährt haben. Sie machten sich nicht auf den Weg nach Kiew, wo sie niemand haben will, sondern dorthin, wo sie sich sicher fühlen können und nicht in Gefahr sind, wegen ihrer abweichenden Ansichten physisch ausgelöscht zu werden.

Angesichts dessen hat der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, am 21. Februar Dekrete zur Anerkennung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk unterzeichnet. Sowohl in der russischen Gesellschaft als auch in den Republiken selbst, deren Bevölkerung russischsprachig ist und sich mit der russischen Welt identifiziert, hat dieser Schritt große Unterstützung gefunden. Gestern hat die Föderale Versammlung der Russischen Föderation diesen Beschluss gebilligt, und die mit den beiden Republiken geschlossenen gegenseitigen Freundschafts- und Beistandsverträge wurden ratifiziert.

Der Beschluss wurde nach einer umfassenden Erwägung und Bewertung der politisch-militärischen Lage in der Region, der Weigerung der ukrainischen Regierung, die Minsker Vereinbarungen durch einen direkten Dialog mit den Behörden in Donezk und Luhansk umzusetzen, sowie der Ermutigung zu einer gewaltsamen Lösung des innerukrainischen Konflikts durch westliche Staaten, die katastrophale humanitäre Folgen haben könnte, gefasst.

Diese Entscheidung steht im Einklang mit dem im Rahmen einer Volksabstimmung am 11. Mai 2014 frei geäußerten Willen der Bevölkerung des Donbass, mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung von 1970 über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, mit der Schlussakte von Helsinki der KSZE und anderen grundlegenden Übereinkünften.

Wir rufen die Behörden in Kiew auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen. Andernfalls wird, wie der russische Präsident Wladimir Putin sagte, die gesamte Verantwortung für die mögliche Fortsetzung des Blutvergießens einzig und allein bei dem Regime liegen, in dessen Händen die Herrschaft über das Territorium der Ukraine liegt.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang hinzuzufügen.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS  
(AUCH IM NAMEN DEUTSCHLANDS)**

Frankreich möchte auch im Namen Deutschlands das Wort ergreifen, um Folgendes auszuführen.

Herr Vorsitzender,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es muss klar sein – und das wurde heute in allen Wortmeldungen bekräftigt –, dass es Russland ist, das gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen verstößt und die im Rahmen der OSZE und der Minsker Vereinbarungen eingegangenen Verpflichtungen nicht einhält.

Die Entscheidung von Präsident Putin, die selbsternannten „Volksrepubliken“ in der Ostukraine anzuerkennen, stellt einen fundamentalen Bruch des Völkerrechts und einen schweren Schlag gegen alle diplomatischen Bemühungen um eine friedliche und politische Lösung des Konflikts dar. Die jahrelangen Bemühungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe unter der Schirmherrschaft der OSZE werden ohne nachvollziehbaren Grund mutwillig zunichte gemacht. Russland beschädigt nachhaltig sein Bekenntnis zu einer diplomatischen Lösung.

Die Anerkennung stellt eine weitere Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine dar, die wir auf das Allerschärfste verurteilen. Frankreich und Deutschland stehen unerschütterlich an der Seite der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Wir werden auf diesen Bruch des Völkerrechts reagieren. Zu diesem Zweck stimmen wir uns mit unseren Partnern ab.

Seit 2014 behauptet Russland, sich für die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und der damit verbundenen Verhandlungsformate, des Normandie-Formats und der von der OSZE vermittelten Trilateralen Kontaktgruppe, einzusetzen. Russland hat sich in seiner Eigenschaft als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats auch durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verpflichtet, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Mit seiner Entscheidung verstößt Russland gegen alle diese Verpflichtungen.

Wir fordern Russland auf, seine Entscheidung rückgängig zu machen und auf den Weg der diplomatischen und politischen Konfliktlösung auf der Grundlage der Minsker Vereinbarungen zurückzukehren.

Wir wiederholen unsere dringende Aufforderung an Russland, die militärische Bedrohung an der ukrainischen Grenze einzustellen. Wir warnen unmissverständlich vor einer weiteren militärischen Eskalation durch Russland.

Wir erinnern daran, dass die politischen Beraterinnen und Berater der Staats- und Regierungsoberhäupter des Normandie-Formats im Januar in Paris und im Februar in Berlin zusammenkamen und schriftlich bekräftigten, dass die Minsker Vereinbarungen die Grundlage für die Arbeit des Normandie-Formats bilden; und sie erörterten, wie wichtig es ist, dass die Trilaterale Kontaktgruppe, der Russland angehört, ihre Arbeit intensiviert, um rasche Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu ermöglichen. Diese Auffassung haben der russische Präsident und sein Außenminister in den Gesprächen mit unseren Staats- und Regierungsoberhäuptern und Außenministerinnen und Außenministern in der vergangenen Woche wiederholt bekräftigt.

Als Vermittler in diesem Konflikt sehen wir keine Rechtfertigung für den einseitigen Schritt Russlands. Insbesondere die Ukraine hat in den letzten Wochen konkrete Schritte unternommen, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu beschleunigen, und ihr Bekenntnis zu einer diplomatischen Lösung immer wieder betont. Im Gegensatz zu Russland ist die Ukraine stets der Einladung Deutschlands und Frankreichs gefolgt, eine nachhaltige und friedliche Lösung für den Konflikt in der Ostukraine auszuhandeln.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese gemeinsame Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Herr Vorsitzender,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schweden reagiert mit dieser Erklärung auf eine Erklärung der Russischen Föderation auf der Sitzung des FSK in der vergangenen Woche, in der die Tatsache, dass Schweden in der Ostseeregion Übungen durchführt und unter anderem mit der NATO zusammenarbeitet, hinterfragt und als besorgniserregender und destabilisierender Faktor bezeichnet wurde.

Herr Vorsitzender,

Schwedens Sicherheitspolitik ist nach wie vor konsequent und unverändert. Dass wir keinem Militärbündnis angehören, kommt uns zustatten und trägt zu Stabilität und Sicherheit in Nordeuropa bei. Wir kombinieren das mit einer Verteidigungspolitik, die auf zwei Säulen ruht: verstärkte nationale Fähigkeiten und vertiefte internationale Verteidigungszusammenarbeit auf multi- und bilateraler Basis, insbesondere mit Finnland. Die Herausforderungen und Bedrohungen für Frieden und Sicherheit in Schweden und in unserer Region werden solidarisch und gemeinsam mit anderen Staaten abgewehrt.

Herr Vorsitzender,

dass Schweden keinem Militärbündnis angehört, bedeutet nicht, dass es sich einer Zusammenarbeit verweigert. Im Gegenteil, die internationale Zusammenarbeit ist für uns eine absolute Notwendigkeit. Gegenwärtig verstärken wir die gemeinsame Ausbildung und die Durchführung von Übungen mit gleichgesinnten Partnern, wie etwa im Einklang mit dem Wiener Dokument Kapitel X Absatz 144.4. Wir halten diese Praxis für eminent wichtig und sind der Ansicht, dass sie dem Aufbau unserer nationalen Verteidigungsfähigkeit zusätzliche Impulse verleiht.

Das Recht der Teilnehmerstaaten, ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, ist in der europäischen Sicherheitsordnung verankert und ist ein grundlegendes Element der Charta von Paris und der nachfolgenden Dokumente. Wir behalten uns daher vor, geeignete

Maßnahmen zu ergreifen, die rein defensiver Natur und darauf ausgelegt sind, dem Ziel der Stabilität und Sicherheit in unserer Region zu dienen.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FINNLANDS**

Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Finnland reagiert mit dieser Wortmeldung auf eine Erklärung der Russischen Föderation auf der Sitzung des FSK in der vergangenen Woche, in der Finnlands Beteiligung an internationalen Übungen und seine Zusammenarbeit mit der NATO als destabilisierender Faktor erwähnt wurde.

Herr Vorsitzender,

die aktuelle Sicherheitslage ist sehr ernst und besorgniserregend. Russland hat mit seiner militärischen Aufrüstung rund um die Ukraine die Spannungen erhöht. Die Sicherheitslage hat sich verschlechtert und ist sowohl rund um die Ukraine als auch in ganz Europa unberechenbarer geworden. Das auf internationalen Regeln basierende System, das Völkerrecht und die gemeinsam vereinbarten Grundsätze sind in Frage gestellt, in Zweifel gezogen und verletzt worden. Das ist ein destabilisierender Faktor.

Russland ist bestrebt, seine Position zu stärken und die Geschlossenheit der westlichen Akteure zu schwächen. Sein Ziel ist ein auf Einflussphären basierendes Sicherheitssystem in Europa. Darüber hinaus bleibt der Einsatz militärischer Gewalt für Russland ein wichtiges Instrument. Das ist ein destabilisierender Faktor.

Finnland misst der Rolle der NATO für die europäische Sicherheit großen Wert bei und sieht in der Präsenz der NATO im Baltikum einen stabilisierenden Faktor. Die Zusammenarbeit zwischen der NATO, Finnland und Schweden ist ein zentrales Element des finnischen Programms für internationale militärische Zusammenarbeit, wie das auch die gemeinsam mit unseren Partnern durchgeführten Übungen sind. Finnland hat stets offen und transparent über seine Übungen informiert. Die praktische militärische Zusammenarbeit und der Dialog über die Sicherheitslage in der Ostseeregion verbessern Finnlands Fähigkeit, sein Sicherheitsumfeld zum Guten zu beeinflussen und die Berechenbarkeit und Stabilität in der Region zu erhöhen.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 3 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Delegation Armeniens hat das Ersuchen des FSK-Koordinators für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Lagerbestände konventioneller Munition um technische Experten vom 18. Februar 2022 (FSC.DEL/99/22) zur Kenntnis genommen. In diesem Ersuchen lädt der Koordinator des FSK-Vorsitzes die OSZE-Teilnehmerstaaten ein, technische Experten zur Teilnahme an einem Beurteilungsbesuch in Aserbaidschan im Rahmen eines Ersuchens um praktische Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten der nationalen Behörden Aserbaidschans für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und von Bewältigungsmaßnahmen zu entsenden.

Das vom FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA verteilte Ersuchen ist nichts anderes als ein klarer Missbrauch des FSK-Vorsitzes. Es bekräftigt unsere Überzeugung, dass Aserbaidschan weder einen glaubwürdigen Vorsitz in der politisch-militärischen Dimension der Organisation führen noch einen sinnvollen Beitrag zur Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien leisten kann.

Auf der 967. (FSC.DEL/45/21), der 973. (FSC.DEL/136/21) und der 999. (FSC.DEL/50/22) Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation legte die Delegation Armeniens ihren Standpunkt zu dem von Aserbaidschan beantragten Hilfsprojekt dar. Der Standpunkt Armeniens wurde in einem an den FSK-Vorsitz gerichteten Schreiben vom 18. März 2021 (FSC.DEL/87/21) bekräftigt. Der Standpunkt Armeniens bleibt unverändert. Wir betrachten das von Aserbaidschan vorgeschlagene Projekt, das in der Konfliktzone Bergkarabach und in den besetzten Gebieten von Arzach umgesetzt werden soll, als Missbrauch des OSZE-Unterstützungsmechanismus zum Zwecke der politischen Manipulation und Legitimierung der Aggression und der Ergebnisse des Einsatzes von Gewalt gegen Arzach.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Delegation Armeniens hat wiederholt auf den destruktiven Charakter der Politik Aserbaidschans und die Unredlichkeit seiner Delegation hingewiesen. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, um aus Auszügen der Erklärungen der aserbaidchanischen Delegation zu zitieren.

Am 27. Januar 2017 erklärte die Delegation Aserbaidschans als Reaktion auf die Erklärung des Vorsitzes des Ständigen Rates zur Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Eriwan Folgendes (PC.DEL/112/17): „Was die Absichtserklärung einiger Teilnehmerstaaten anbelangt, Armenien auf bilateraler Basis in Fragen der Minenräumung zu unterstützen, möchte ich betonen, dass sie auf aserbaidchanischer Seite berechnete Besorgnis auslöst. Wir sind uns nicht sicher, ob dies für eine Lösung der Situation hilfreich wäre oder überhaupt zur Stabilität in der Region beitrüge. [...] Jede bilaterale Hilfe für Armenien in diesem Bereich würde als Verletzung der Resolutionen des Sicherheitsrats der VN und als unfreundlicher Schritt gegenüber Aserbaidschan aufgefasst werden.“

Am 23. November 2017 erklärte die Delegation Aserbaidschans in ihrer Antwort auf den Bericht des Generalsekretärs über das „Kooperationsprogramm für Armenien“ (PC.DEL/1612/17): „Die Delegation Aserbaidschans ist der Ansicht, dass ein solches Kooperationsprogramm transparent sein sollte [...] und nichts mit dem Konflikt zu tun haben sollte, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst. [...] Die Unterstützung Aserbaidschans für die themenbezogenen Programme und Strukturen des Sekretariats sowie für die OSZE-Institutionen, die an diesem Kooperationsprogramm arbeiten, wird von den zuvor angesprochenen Punkten abhängen.“

Am 9. September 2020 erklärte die Delegation Aserbaidschans in ihrer Antwort auf die Rede S.E. Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (FSC.DEL/171/20): „Aserbaidschan ist strikt gegen jegliche Erhöhung oder Stärkung der militärischen Fähigkeiten des Besatzungsstaats und sieht sich daher nicht in der Lage, Hilfsprojekte zu unterstützen, um die von Armenien zu diesem Zweck ersucht wird.“

Am 16. September 2020 gab die Delegation Aserbaidschans auf der Eröffnungssitzung des deutschen FSK-Vorsitzes die folgende Erklärung ab (FSC.JOUR/960): „Lassen Sie mich erneut festhalten, dass Aserbaidschan strikt gegen jegliche Erhöhung oder Stärkung der militärischen Fähigkeiten dieses Aggressorstaats und daher nicht in der Lage ist, Hilfsprojekte zu unterstützen, um die zu diesem Zweck ersucht wird.“

Ich möchte Sie auch auf Abschnitt VI Buchstabe B des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition hinweisen, in dem das Verfahren für die Prüfung eines Hilfesuchens eines Teilnehmerstaats eindeutig festgelegt ist. Darin ist vorgesehen, dass der FSK-Vorsitz in enger Zusammenarbeit mit der FSK-Troika und dem Amtierenden Vorsitz die Reaktion der OSZE auf das Ersuchen einleitet, die auch einen ersten Besuch und eine Machbarkeitsstudie umfassen kann.

Abschließend möchte ich erneut darauf hinweisen, dass jede konfliktbezogene Aktivität der OSZE nur auf der Basis von Gleichberechtigung und ohne Diskriminierung und

mit der Zustimmung und Beteiligung aller Parteien des Bergkarabach-Konflikts durchgeführt werden kann. Wenn keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um ein derart unverantwortliches Verhalten des derzeitigen FSK-Vorsitzes zu verhindern, der das Forum für Sicherheitskooperation zur Durchsetzung seiner nationalen Interessen instrumentalisiert, wird die OSZE alle diesbezüglichen Konsequenzen zu tragen haben.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1002. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1008, Punkt 3 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

wir haben bei zahlreichen Gelegenheiten unseren Standpunkt zum Ausdruck gebracht und auf die unbegründeten Behauptungen Armeniens bezüglich des Ersuchens Aserbaidschans um praktische Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten unserer nationalen Behörden für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und von Bewältigungsmaßnahmen geantwortet. Im Hinblick auf den heutigen Beitrag Armeniens möchte ich Folgendes wiederholen.

Erstens sei daran erinnert, dass Armenien als einziges Land für die derzeitige dramatische Lage in den befreiten Gebieten Aserbaidschans hinsichtlich der massiven Belastung dieser Gebiete durch Landminen und nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel verantwortlich ist. Drei Jahrzehnte lang hat Armenien in diesen Gebieten während seiner Besetzung wahllos Landminen verlegt und sie damit zu einer der weltweit am stärksten verminnten Regionen gemacht. Auch heute noch fordern die von Armenien ausgelegten Minen das Leben von Zivilpersonen, stellen eine zusätzliche Behinderung für die Rückkehr von Binnenvertriebenen dar, beeinträchtigen nachhaltig weitreichende Bemühungen um Wiederherstellung und Wiederaufbau und unterminieren den gesamten Prozess der Normalisierung und Aussöhnung nach dem Konflikt.

Was zweitens das Ersuchen Aserbaidschans um Hilfe betrifft, so steht dieses Ersuchen in vollem Einklang mit unseren gemeinsamen Verpflichtungen im Bereich der Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) sowie der Lagerbestände konventioneller Munition (SCA). Die Durchführung erfolgt in vollständigem Einklang mit den im OSZE-Dokument über SCA festgelegten Verfahren. Der nächste Schritt in diesem Prozess ist ein Expertenbesuch in Aserbaidschan.

Drittens wird dabei um Unterstützung bei der Durchführung des Projekts in den souveränen, international anerkannten Gebieten Aserbaidschans ersucht, die fast drei Jahrzehnte lang von Armenien besetzt waren und derzeit dringend der Konfliktnachsorge bedürfen; die humanitäre Minenräumung gehört auf jeden Fall dazu. Darum geht es letztendlich und das ist der wesentliche Unterschied zu den illegalen Aktivitäten, die Armenien in

den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidshans verfolgt hat. Das Mindeste, was Armenien tun könnte, um seine völkerrechtswidrigen Handlungen irgendwie wiedergutzumachen, ist also, die Durchführung dieses Hilfsprojekts nicht zu behindern, sondern zu erleichtern.

Und schließlich bringt Armenien immer wieder sein eigenes Hilfersuchen zur Sprache. Im Zusammenhang damit möchten wir nicht verabsäumen, das Forum an den für Dezember 2020 angekündigten Vorabbesuch in Armenien zu erinnern, der von Armenien selbst nicht zur Kenntnis genommen wurde, was eigentlich einer Weigerung gleichkommt, die nächste Umsetzungsphase seines beantragten Hilfsprojekts einzuleiten. Dieser Umstand sowie die nicht zu rechtfertigende Haltung Armeniens gegenüber dem aserbaidshanischen Hilfsprojekt und der insgesamt anhaltende Widerstand Armeniens gegen unsere gemeinsamen Verpflichtungen im Bereich der SALW und SCA zeigen deutlich, dass dieses Land offensichtlich das Ziel verfolgt, diese Frage innerhalb der Organisation zu instrumentalisieren, um seine eigenen nicht mehr haltbaren Ziele und überholten Konfliktnarrative zu fördern.

Danke, Herr Vorsitzender.